

seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe bitte. - Stimmenthaltungen?

(Gelächter bei CDU/DA - Beifall bei der SPD)

Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieses Gesetz ohne Gegenstimme beschlossen.

Ein Vertreter der PDS wünscht eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten abzugeben.

Prof. Dr. Riege für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der PDS hat sich bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf der Stimme enthalten. Dazu habe ich gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament im Namen der Fraktion zu erklären x

Erstens: Wir bekräftigen unseren bereits wiederholt in diesem Parlament geäußerten Standpunkt, daß jede Handlung, die gegen Recht und Gesetz verstößt - unabhängig davon, durch wen und zu welchem Zeitpunkt sie begangen wurde - die rechtsstaatlich gebotene Reaktion erfahren muß.

Zweitens: Das vorliegende Gesetz ist ein Ausnahmegesetz; das wurde auch bestätigt. Es erfüllt nicht die Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren.

(Unruhe bei der Koalition)

Rechtsstaatlichkeit wird nicht erstrebt, sondern ausgeschlossen. Einem Sonderausschuß des Parlaments werden abweichend von dem im Recht der DDR generell geltenden Grundsatz exekutive und rechtsprechende Funktionen übertragen.

Mit der Stellung des Präsidiums der Volkskammer ist es nicht zu vereinbaren, wenn ihm die Rolle eines Obersten Gerichts zugeschrieben wird. Die getroffene Entscheidung finde ich stark in der Nähe eines politischen Strafrechts, das vom Parlament mit guten Gründen verurteilt wurde.

(Beifall bei der PDS - Unverständlicher Zuruf)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Der Tagesordnungspunkt 17 ist damit geschlossen.

Die Fraktion der Liberalen hat darum gebeten, eine Erklärung abgeben zu dürfen. Ich bitte Herrn Abgeordneten von Ryssel, die Erklärung abzugeben.

Von Ryssel für die Fraktion Die Liberalen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten eigentlich gedacht, daß das Präsidium unsere Erklärung an der Stelle einordnet, wo der Minister Steinberg noch hier war und es um das Umweltrahmengesetz ging. Aber wir haben erst jetzt das Wort bekommen, und deshalb bitte ich die Erklärung abgeben zu dürfen.

Es geht um den gestrigen Punkt - Verkauf von Energieerzeuger- und -Verteilungsanlagen.

Die Fraktion der Liberalen möchte die Abgeordneten des Hohen Hauses informieren, daß heute in der Treuhandanstalt die Umwandlung von 40 Energiebetrieben in eine Aktiengesellschaft durchgeführt wurde. Die kurzfristige Umwandlung wurde auf ausdrückliche Anweisung des Ministers für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit durchgeführt.

(Proteste)

Von der Treuhandanstalt abgegebene Zusicherungen, daß vorliegende Einzelanträge wie z. B. vom Kraftwerk Boxberg, Kapitalgesellschaften zu gründen, positiv bearbeitet werden,

wurde damit nicht eingehalten. Die Mitarbeiter des Kraftwerkes Boxberg hatten dazu einen Beschluß mit überzeugender Mehrheit gefaßt. Der Antrag wurde nach unserer Kenntnis heute von einem kurzfristig ernannten Geschäftsführer des Kraftwerkes Boxberg zurückgezogen. Wer hat ihn dazu legitimiert?

(Unruhe im Saal)

Mit der heutigen Umwandlung wurde die Entflechtung der Energiekombinate verhindert. Die Fraktion der Liberalen wertet ein solches Vorgehen als Vertrauensbruch.

(Zurufe: Skandalös!)

Die Fraktion fordert die Regierung auf, einem Vertragsabschluß mit dem westdeutschen EVU erst nach Aufklärung dieser Vorgänge zuzustimmen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne, PDS und DBD/DFD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön. Den Auftrakt Ihrer Rede muß ich allerdings zurückweisen. Es war der Wunsch der Liberalen, ihre Erklärung am Schluß der Tagung abzugeben. Zum anderen habe ich nicht registriert, was hinter meinem Rücken vorgegangen ist, daß also der Minister Steinberg gegangen ist. Ich bitte aber, das nicht mir anzulasten.

Zum Abschluß darf ich noch zwei Mitteilungen an Sie weitergeben. Die für den Dienstag, 3.7., 13.00 Uhr vorgesehene gemeinsame dringliche Sitzung der Ausschüsse für Wirtschaft und Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit findet wie vorgesehen statt. Gegenstand der Beratung ist die Anhörung des Amtes für Wettbewerbsschutz und der Ministerien für Wirtschaft sowie für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit zum Vertrag mit westdeutschen Energiefirmen. Die Verhandlung ist nicht öffentlich.

Die zweite Mitteilung: Die Parlamentarischen Geschäftsführer treffen sich bitte im Anschluß, um die endgültige Zusammensetzung des eben beschlossenen Sonderausschusses festzulegen.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Schluß unserer heutigen Tagung. Ich berufe die nächste Tagung der Volkskammer - Entschuldigung, noch einen Moment Geduld. Ich bitte, noch einmal Platz zu nehmen. Wir haben noch einen Geschäftsordnungsantrag.

(Zuruf von der CDU/DA-Fraktion: Ich muß Ihnen mitteilen, daß dieser Termin - nächster Dienstag - nicht geht.)

Ich habe nur diese Information weitergegeben, die mir vom Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses weitergereicht worden war.

(Zwischenbemerkung von der CDU/DA-Fraktion: Diese Mitteilung ist nicht mit dem Ausschuß abgestimmt. Sie ist uns nicht bekannt. Ich muß Ihnen mitteilen, daß die gesamte Mannschaft der CDU-Fraktion am Montag und Dienstag auf Exkursion unterwegs ist,

[Heiterkeit und Empörung bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS]

diesen Termin also nicht wahrnehmen kann. Ich beantrage deshalb, daß dieser Termin verschoben wird. Man muß uns vorher informieren, wir können uns nicht überrumpeln lassen. Das geht nicht.)

Ich bitte darum, Ruhe bewahren und sich noch einmal hinzusetzen.

(Unruhe)

Das kann doch nicht die Kultur des Parlamentes sein, daß jeder geht, wann er denkt.

Wir haben noch einen Geschäftsordnungsantrag. Bitte sehr.